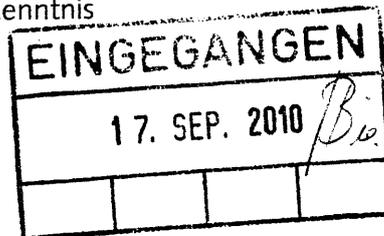


BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN • Kreistagsfraktion Unna • Friedrich-Ebert-Str. 17 • 59425 Unna

Kreisverwaltung Unna

Herrn  
Landrat Michael Makiolla

Fraktionsvorsitzende zur Kenntnis



**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Kreistagsfraktion Unna**

**Friedrich-Ebert-Straße 17**  
**59425 Unna**

Telefon: 02303-27-27 05 / 06

Fax: 02303-27-17 99

E-Mail: [gruene.kreistagsfraktion@kreis-unna.de](mailto:gruene.kreistagsfraktion@kreis-unna.de)

Internet: [www.gruene-kreis-unna.de](http://www.gruene-kreis-unna.de)

Geschäftsstelle: Stephanie Schmidt

Fraktionszimmer:  
B.117 im Kreishaus

Unna, 17.09.10

### Antrag des „Bündnisses für Roma“

Sehr geehrter Herr Landrat Makiolla,

die Fraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN beantragt die Einbringung des Antrags des „Bündnisses für Roma“ in den Kreisausschuss und den Kreistag 27./28.09.2010.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN beantragen, seitens der Verwaltung den aktuellen Stand der Situation der Roma im GESAMTEN Kreis Unna zu beleuchten, die Forderungen des Bündnisses zu beraten und zu beschließen.

### Begründung

Das „Bündnis für Roma“, bestehend aus Experten in der Flüchtlingshilfe beim Caritasverband für den Kreis Unna e.V., dem Flüchtlingsrat im Kreis Unna, des „Arbeitskreises Asyl“ Schwerte, des Evangelischen Kirchenkreises Unna, des Dekanats Unna, des Pastoralverbund Kamen-Kaiserau, des Integrationsrats Unna, von Amnesty International Unna, Zivilcourage für Kamen, IN VIA katholische Jugendsozialarbeit Unna e.V., Arbeitskreis Asyl „Flüchtlinge in Lünen“ und „Stern – jüdisch kulturell-integrativer Verein e.V.“ hat mit Datum vom 23.08.2010 einen fundierten und ausführlich begründeten Antrag an die Fraktionen im Kreistag gerichtet. Die Begründung ergibt sich aus diesem vorliegenden Antrag.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Goldmann

Herbert Goldmann  
Fraktionsvorsitzender



**caritas**  
*für den Kreis Unna*

Caritasverband für den Kreis Unna e.V. - Höingstraße 5-7 - 59425 Unna

Kreistagsfraktion

Die Grünen  
Friedrich-Ebert-Str. 17  
59425 Unna

**59425 Unna**

Höingstraße 5-7  
Tel. 0 23 03 / 2 51 35-0  
Fax 0 23 03 / 2 51 35 35  
info@caritas-unna.de  
http://www.caritas-unna.de

Geschäftszeichen:  
Nachricht vom:  
Abteilung: **Integration/ Migration**  
Ansprechpartner: **Herr Strauch**  
Telefondurchwahl: **-26**

strauch@caritas-unna.de

Unna, den 23.08.2010

**Situation der Roma im Kreis Unna**  
**Antrag des „Bündnisses für Roma“ an den Kreistag Unna**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben wenden wir uns an Sie, damit im Kreistag der beiliegende Antrag diskutiert und die damit verbundene Resolution hoffentlich beschlossen werden kann.

Nach Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens mit dem Kosovo ist die Situation der Roma aus dem Kosovo, die bisher kein Aufenthaltsrecht bekommen konnten, noch dramatischer geworden, denn nach diesem Abkommen können und sollen sie abgeschoben werden. In den meisten Fällen leben diese Menschen seit vielen Jahren im Kreis Unna, haben Kinder, die hier geboren sind, in den Kindergarten gehen, Schulen besuchen und den Kosovo nur aus Schilderungen oder dem Fernsehen kennen. Ihre Heimat ist Deutschland und sie sprechen weder Albanisch noch Serbisch

Der beiliegende Antrag führt die Situation noch genauer aus.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Antrag unterstützen und die Resolution im Kreistag verabschieden könnten.

Wenn Sie noch Fragen haben, dann rufen Sie uns an. Wir helfen Ihnen gern.

Mit freundlichem Gruß

Michael Strauch

## **Antrag des „Bündnisses für Roma“ an den Kreistag Unna**

Das „Bündnis für Roma im Kreis Unna“ hat in seiner Sitzung am 21. Juni 2010 einen Antrag auf folgenden Beschluss an den Kreistag einstimmig beschlossen:

„Antrag des Bündnisses für Roma zu einer Resolution gegen die Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo und zur Veränderung des Bleiberechts

Aus aktuellem Anlass

Am 14. April 2010 haben Deutschland und der Kosovo ein Rücknahme-Abkommen für ausreisepflichtige Personen unterzeichnet. Das Land NRW hat bereits im Herbst des letzten Jahres verstärkt mit Abschiebungen von Menschen aus dem Kosovo begonnen. Mit der Unterzeichnung des Rücknahme-Abkommens im April hat sich die Gefahr für die Minderheiten aus dem Kosovo, aus Deutschland abgeschoben zu werden, erheblich verschärft.

Betroffen sind rund 14.000 aus dem Kosovo stammende Menschen. Etwa 10.000 von ihnen sind Roma, Ashkali und Ägypter. Das Bundesministerium des Inneren hat angekündigt, künftig etwa 2.500 Personen jährlich in den Kosovo abzuschicken.

Auch die Angehörigen der Roma und anderer Minderheiten, die seit vielen Jahren im Kreis Unna ein neues Zuhause gefunden haben, sind verstärkt bedroht. Im Kreis Unna gelten zurzeit ca. 201 von ihnen als ausreisepflichtig – sie können gegen ihren Willen abgeschoben werden. Vermutlich wird niemand von ihnen den Kreis Unna freiwillig verlassen.

Der Kreistag Unna hat sich bereits mehrfach für die Menschenrechte von Flüchtlingen eingesetzt und Resolutionen gegen Abschiebung und für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen verabschiedet (zuletzt in der Sitzung vom 08.9.2009).

Aus Anlass der Unterzeichnung des Rücknahme-Abkommens hat sich am 21.06.2010 im Kreis Unna ein zivilgesellschaftliches Bündnis für Roma gebildet, das sich für den Verbleib und echte Lebensperspektiven für Minderheiten aus dem Kosovo im Kreis Unna einsetzt. Mitglieder dieses Bündnisses sind der Integrationsrat der Stadt Unna, der Flüchtlingsrat im Kreis Unna, der Caritasverband für den Kreis Unna e.V., der Ev. Kirchenkreis Unna, der Pastoralverbund Kamen-Kaiserau, der jüdische Verein „Stern“, amnesty international Unna, der Arbeitskreis Flüchtlinge in Lünen und die Zivilcourage Kamen. Das Bündnis für Roma bittet den Kreistag, die folgende Resolution zu beschließen. Darin wird insbesondere die neue Landesregierung in NRW aufgefordert, sich gegen die drohende Abschiebung der Roma und für veränderte Bleiberechtsregelungen einzusetzen.

Das Bündnis legt dem Kreistag folgende Resolution vor und regt an, sie sofort zu beraten und zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag fordert die neue Landesregierung in NRW auf, die eigenen Handlungsmöglichkeiten wahrzunehmen (§ 60 a Aufenthaltsgesetz) und die Abschiebung für die Minderheiten aus dem Kosovo ab sofort für die Dauer von sechs Monaten auszusetzen.

2. Der Kreistag appelliert darüber hinaus an die Landesregierung, sich aktiv auf Bundesebene für ein Bleiberecht der in Deutschland lebenden Minderheiten aus dem Kosovo einzusetzen.
3. Ferner empfiehlt der Kreistag der Verwaltung und dem Amt für Ausländerangelegenheiten der Stadt Lünen sowie dem Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung der Kreisverwaltung alles im Rahmen des gesetzlich Möglichen zu unternehmen, um Abschiebungen von Minderheiten in den Kosovo zu verhindern.  
Insbesondere soll vor jeder Anmeldung von Personen zur Rückführung in den Kosovo eine Beratung durch die Ausländerrechtliche Beratungskommission für den Kreis Unna erfolgen.
4. Schließlich empfiehlt der Kreistag den Vertretern/innen des Kreises und der Städte und Gemeinden in den zuständigen Gremien auf Landes- und Bundesebene (Deutscher Städtetag, landesweite Fachverbände und Institutionen) sowie den Landtags- und Bundestagsabgeordneten mit Nachdruck, sich für die Aussetzung der Abschiebung der Minderheiten aus dem Kosovo und für eine Bleiberechtsregelung einzusetzen. Das Auswärtige Amt wird aufgefordert im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Möglichkeiten, regelmäßig über die Situation der bereits abgeschobenen und der freiwillig zurück gekehrten Menschen im Kosovo zu berichten.

Zur Begründung:

1. Im Kreis Unna droht ca. 201 Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, die zwangsweise Abschiebung in den Kosovo. Hiervon sind viele Kinder und Jugendliche  
Im Kreis Unna geboren und aufgewachsen. Sie haben hiesige Kitas und Schulen besucht. Das Heimatland ihrer Eltern kennen sie im Regelfall nur aus den Nachrichten und den Geschichten der älteren Generation. Viele von ihnen sprechen nur Deutsch und Romanes, aber weder Albanisch noch Serbisch. Die älteren Flüchtlinge haben schreckliche Erinnerungen an ihre Flucht vor nationalistisch gesinnten Gewalttätern. Viele sind traumatisiert, sie haben Angst, in den Kosovo zurückzukehren. Der Kreis Unna ist für sie ein neues Zuhause, das Schutz bietet.
2. Die abgeschobenen Menschen erwartet im Kosovo Arbeitslosigkeit, ein Mangel an Ausbildungsplätzen, eine fehlende Gesundheitsversorgung und vielfach Wohnungslosigkeit. Die Lebenssituation der Menschen, die zukünftig abgeschoben werden sollen, würde sich im Vergleich zu ihrer jetzigen Lage im Kreis Unna sehr verschlechtern. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen trübe die Perspektivlosigkeit am härtesten. Die 35.000 bis 40.000 bereits jetzt im Kosovo lebenden Roma, Ashkali und Ägypter sind überdurchschnittlich arbeitslos; etwa ein Viertel von ihnen lebt nicht in Häusern, sondern in notdürftig errichteten Camps isoliert und abseits der Zentren.
3. Der Kosovo ist seit Februar 2008 ein selbstständiger Staat. Das Land ist politisch nicht stabil, Korruption ist ein allgegenwärtiges Problem, es gehört zu den ärmsten Ländern Europas.  
Die Flüchtlingspolitik Deutschlands wirkt zum jetzigen Zeitpunkt eher destabilisierend, weil die zusätzliche Integration von Flüchtlingen für den Kosovo eine wirtschaftliche und politische Überforderung bedeutet. Zahlreiche zivilgesellschaftlich engagierte Organisationen hier und vor Ort (Kirchen, Caritas, Diakonie, amnesty international, lokale Initiativen etc.) und einzelne Verantwortliche (wie z. B. der Menschenrechtskommissar Hammarberg), die

sich derzeit im Kosovo für den Aufbau und für mehr Demokratie einsetzen, warnen:

Wenn Tausende zusätzliche Flüchtlinge mit den zurzeit 2,6 Mio. Einwohnern des Landes um die bereits knappen Wohnungen und Arbeitsplätze streiten, sind erneute Übergriffe auf Minderheiten wie die Roma nicht auszuschließen. Auch wenn die abgeschobenen Roma aus dem Kosovo nach Serbien oder Mazedonien weiter wandern, erwartet sie dort eine ähnlich perspektivlose Lage.

4. Roma sind während des Nationalsozialismus vertrieben, gedemütigt und ermordet worden.

Bis heute sind Roma in vielen Ländern nicht gern gesehen und Diskriminierungen und Vorurteilen ausgesetzt. So hat auch der Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Minderheiten im Kosovo erneut an den Rand gedrängt. Auch Deutschland bildet hier keine Ausnahme. Auch hier bestehen bei Teilen der Bevölkerung noch massive Vorurteile gegen Roma. Es sollte hingegen zur Normalität werden, dass unter uns auch Roma leben im Sinne der Gleichstellung (siehe Integrationsleitziele des Kreises Unna) aller im Kreis Unna lebenden Menschen. Eine Abschiebung erinnert hingegen an Diskriminierung und Vertreibung.

Diese Resolution richtet sich gegen eine zwangsweise Abschiebung der Minderheiten in den Kosovo.

Die freiwillige Rückkehr bleibt davon unberührt.

Das Bündnis für Roma vertraut darauf, dass die Resolution erneut eine große Mehrheit im Kreistag findet."

Unna, im Juni 2010



Caritasverband für den Kreis Unna e.V.

gez. Franz-Josef Chronsik

Der Flüchtlingsrat  
im Kreis Unna



Flüchtlingsrat im Kreis Unna

gez. Hans-Ulrich Bangert



Zivilcourage für Kamen

gez. Gabi Lenkenhoff



**IN VIA**

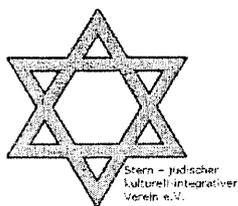
IN VIA katholische Jugendsozialarbeit Unna e.V.

gez. Petra Freitag



Arbeitskreis „Flüchtlinge in Lünen“

gez. Armin Böck



Stern – jüdischer kulturell-integrativer Verein e.V.

gez. Alexandra Khariakova